

# B e s c h l u s s

aus der Niederschrift einer Sitzung des Rates

am Donnerstag, 25.06.2020, 15:00 Uhr,

der großen Sporthalle des Jahnstadions, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2020 -

## A) Öffentliche Sitzung

6

Zuständigkeit:

Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 08.06.2020:  
Gremium der analytischen Dienstpostenbewertung

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Erläuterungen:**

**Oberbürgermeister Tischler** teilt mit, dass in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses einstimmig für den Antrag gestimmt worden sei.

**Ratsherr Jungmann** erinnert daran, dass seit Jahren die Analytische Dienstpostenbewertung in einem besonderen Gremium besprochen worden sei. Dabei sei festgestellt worden, dass die Verwaltung gute Arbeit geleistet, es aber kaum Ermessensspielräume gegeben habe. Daher sei die Fortführung des Gremiums nicht zwingend notwendig. Er gehe davon aus, dass die zukünftigen Ergebnisse auch weiterhin im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beraten würden.

**Bürgermeister Strehl** stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Seitdem die Kommission in den achtziger Jahren eingeführt worden sei, habe es bis heute keinen einzigen Fall gegeben, in dem die Ratsmitglieder die Konzeption der Verwaltung auch nur in Ansätzen geändert hätte. Insofern sei die Abschaffung des Gremiums vernünftig und sinnvoll. Die Kommission habe aber auch eine zweite, sehr wichtige Aufgabe gehabt: Sie habe den Umbau der Verwaltung und die Digitalisierung begleitet und mitgestaltet. Er erinnert an ihre letzte Sitzung, in der Dr. Hussein über weitere Möglichkeiten der Digitalisierung informiert habe. Dieses Thema müsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss intensiv beraten werden. Er erinnert an die unterstützende Arbeit bei der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) vor rund zwölf Jahren. Der damalige Gesetzgeber habe auch daran gedacht, das NKF für den Landeshaushalt zu übernehmen, was jedoch bis heute nicht passiert sei. Seine Ratsfraktion werde dem Antrag der CDU-Ratsfraktion zustimmen, aber darauf drängen, sich zukünftig im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss verstärkt mit dem Verwaltungsumbau und der Digitalisierung zu befassen.